

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtausgabe
Tageblatt Riesa.
Formul. Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postamt
Dresden 1504.
Klasse
Riesa Nr. 52.

Nr. 267.

Sonnabend, 16. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Anzeigen über 10 Zeilen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erteilt, wenn der Vertrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Wahlrecht ist Wahlpflicht Jeder wähle am 17. November

Englands Liquidationspolitik.

Als der letzte englische Finanzminister Herr Snowden noch lediglich Abgeordneter war und der Opposition angehörte, nannte er in einem Briefe vom Jahre 1926 die Beschlagnahme des deutschen Privateigentums im englischen Weltreich eine „skandalöse Verletzung des internationalen Rechtes und der internationalen Gerechtigkeit“. Heute hören wir, daß sich die englische Regierung dahin entschieden habe, das beschlagene deutsche Eigentum nicht freizugeben und auch die Überschüsse aus den bisherigen Liquidationen nicht auszugeben. Herr Snowden legt also als Finanzminister die rückständige Kriegsrente fort, die er als Abgeordneter selbst einmal aus Rücksicht verzeihete. Man steht vor einem Rätsel. Gewiß hat Herr Snowden sehr viel Geld nötig. Die Arbeiterregierung muß, um ihre Wähler bei der Stange zu halten, ihre verständliche Außenpolitik durch eine kostspielige Sozialpolitik ergänzen, denn auch der englische Arbeiter sieht letzten Endes mehr auf die Befriedigung seiner Klasseninteressen, als auf die Befriedigung internationaler Interessen. Daß aber ein auf hoher Warte stehender verantwortlicher Staatsmann eine derartig naive Politik macht, noch dazu im Widerspruch zu sich selbst, daß auch er das europäische Interesse und das englische Interesse der Zukunft Augenblicksvorteilen und Klassenrückichten opfert, ist ein wenig vertrauenswürdiges Bild. Man hat den Eigensinn Herrn Snowdens kennengelernt. Ihm ist die Befreiung Englands aus der französischen Hörigkeit zu danken. In der Frage der Liquidationspolitik aber wird Snowden mit seinem Eigensinn sicherlich keine guten Geschäfte machen. Selbst was er im Augenblick damit gewinnt, würde er in Zukunft doppelt und dreifach verlieren. Er selbst konnte seine Meinung über die skandalöse Verletzung des internationalen Rechtes ändern. In anderen Ländern, und insbesondere in Deutschland, wird sich das Urteil über diese englische Standpolitik aber nicht ändern. In der Erbitterung über sie gibt es keinen Gradunterschied zwischen allen deutschen Parteien. Die englische Geschäftswelt, die wieder Eingang in Deutschland sucht, wird die Folgen einer so allgemeinen Verbitterung auch materiell zu spüren bekommen. Die Überwindung der Kriegsschuld wird in diesem Punkte nicht möglich sein, solange die englische Liquidationspolitik bestehen bleibt. Die führende Stellung Englands in der europäischen Verständigungspolitik wird durch Snowdens Verhalten dem geraubten deutschen Eigentum gegenüber und im Hinblick auf die dadurch geschädigten Deutschen, die nach Tausenden zählen, ganz erheblich beeinträchtigt. Wägbar wie unwägbar Vortelle gibt die englische Regierung aus der Hand, die schwerlich durch einen faktischen und selbst innerhalb der englischen Wählerschaft beschränkten Augenblickserfolg aufgehoben werden. Schon haben sich mehr als 100 englische Abgeordnete auf einer Eingabe des Abgeordneten Macpherson unterzeichnet, die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums fordern. Sollte nicht schließlich doch auch Snowden noch den Weg zu dieser Politik der Antikantigkeit finden?

Die Befreiung von Eisenbahnlagen in der Pfalz begonnen.

• Berlin. (Kolumen.) Die „Wochenzeitung“ berichtet aus Karlsruhe: Mit der Befreiung von Eisenbahnlagen im besetzten Gebiet, die von der Reichsregierung in dem mit Frankreich über die Entmilitarisierung im Westen abgeschlossenen Abkommen zuerkannt wurde, ist in der Pfalz bereits begonnen worden. Seit Dienstag wird von etwa 70 Bahnarbeitern das weite Gleis der Bahnstrecke Mülheim am Stein — Oberheim abgeräumt. Das Gleis ist bereits auf eine Strecke von 400 Metern zerlegt. Im ganzen sollen die Gleisanlagen auf eine Strecke von 15 Kilometern entfernt werden. Der Schotter und das sonstige Material werden Interessenten gegen die Verpflichtung der Abfuhr auf ihre Kosten überlassen. Auch mit der Befreiung eines Teiles der Verladerrampe am Bahnhof Schöps (Schöps) ist bereits der Anfang gemacht worden.

Ministerpräsident Dr. Brücker zu den Gemeindevahlen. Eine letzte Mahnung.

• Dresden. Ministerpräsident Dr. Brücker gewährte dem Dresdner Vertreter des VVB eine Unterredung, die sich vornehmlich mit den bevorstehenden Gemeindevahlen beschäftigte. Dr. Brücker stellte die große Bedeutung der Gemeindevahlen in den Vordergrund seiner Ausführungen. Ihre Ergebnisse berührten den einzelnen Bürger mindestens ebenso stark wie Landtags- oder Reichstagswahlen. Die Entwicklung des Schulwesens und der Sozialfürsorge, der Gas- und Strompreise, der Straßenbahntarife und der städtischen Regiarbeit, vor allem der Gemeindesteuerpolitik, würden durch den Ausfall der Gemeindevahlen bestimmt werden. Von ihnen hänge nicht nur die künftige Zusammenfassung der Stadtverordneten- und Gemeindevorordnetenkongressen, sondern auch in den meisten Gemeinden die Besetzung der wichtigsten Posten in den Stadt- und Gemeinderäten ab. Auch die Zusammensetzung der Bezirks- und Kreisbauhöfe werde durch sie bestimmt. Der Ministerpräsident bedauerte besonders lebhaft, daß bei früheren Gemeindevahlen eine auffallende starke Wahlenthaltung geübt worden sei. Wenn bei der letzten Wahl

von rund 3/4 Millionen Wahlberechtigten in den sächsischen Gemeinden über 1 Million der Urne ferngeblieben sei, so sei diese Schamigkeit ein Zeichen von staatsbürgerlicher Gleichgültigkeit und politischer Verantwortungslosigkeit. Jeder Staats- und Gemeindevähler habe die Pflicht, durch seine Beteiligung an der Wahl zu beweisen, daß er des Wahlrechtes würdig sei. Das gelte besonders auch für die Frauen, die mit ihrer gewaltigen Stimmkraft für den Wahlausgang von entscheidender Bedeutung seien.

Einen Vorzug biete die Gemeindevahl gegenüber der Landtagswahl: Sie erleichtere durch die Zulassung der Listenverbände dem einzelnen Wähler die Entschiedenheit, da durch die Listenverbände verbürgt werde, daß keine einzige abgegebene Stimme verloren gehe. Ministerpräsident Dr. Brücker schloß:

Wäge jeder am kommenden Sonntag seiner Wahlpflicht genügend! Das Schicksal der Gemeinden wird an diesem Tage auf lange Jahre hinaus bestimmt. Reiner, dem das Wohlergehen seiner Heimat und seiner Familie am Herzen liegt, darf am 17. November fehlen!

Goeth erneut bei Briand.

• Paris. Von amtlicher deutscher Seite wird mitgeteilt: Der deutsche Botschafter von Goeth hatte am Freitag abend erneut eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand. Wie der Vertreter der Telegrammen-Union von unterrichteter Seite erzählt, galt die Unterredung diesmal nicht der Behandlung einer großen außenpolitischen Frage, wie der Rheinlandräumung, sondern der technischen Vorbereitung der 2. Haager Konferenz und den damit im Zusammenhang stehenden Fragen, darunter dem Stande der verschiedenen Kommissionsarbeiten und dem Datum des Zusammentritts der Haager Konferenz.

Die Räumung Dürens.

• Düren. Die von der französischen Besatzung belegte Artilleriekaserne mit den Staatsgebäuden und 90 Morgen Land ist nunmehr freigegeben worden. Die Freigabe der Bürgerquartiere macht gute Fortschritte. Auch die Reichsanstalten sind bis auf eine Ausnahme zurückergeben. Das Offizierskasino ist geräumt. Das Militärkasino in der Delf- und Wägenstraße wird in der kommenden Woche frei. Es ist damit zu rechnen, daß die Stadt Düren in der letzten Novemberwoche vollständig geräumt sein wird.

Die bevorstehenden Saarverhandlungen.

• Paris. Zur Aufnahme der Saarverhandlungen, die auch den Beginn der geistigen Unterredung des deutschen Botschafters von Goeth mit dem luxemburgischen Botschafter bilden, bemerkt Journal: Die französische Delegation hat ihre Arbeiten beendet und war für den auf den 28. Oktober festgesetzten Termin bereit. Der Ausbruch der Regierungskrisis hat aber alles aufgeschoben. Jetzt ist kein Grund mehr vorhanden, die Angelegenheit weiter zu verschieben, und man kann annehmen, daß die französische und die deutsche Delegation ihre Arbeiten bereits in der kommenden Woche aufnehmen werden. Watin will wissen, daß die Saarverhandlungen in etwa 10 Tagen ihren Anfang nehmen werden.

Die notwendige Tarifierhöhung.

• Berlin. Bekanntlich ist die umfrittene Tarifierhöhung für die Arbeitslosenversicherung seiner Zeit auf Anregung von Stresemann vertagt worden. Inzwischen haben nun die Mittel der Reichsanstalt stark in Anspruch genommen werden müssen, da die Zahl der Arbeitslosen rapide zunimmt. Die im Sommer gesammelte Rente dürfte bald aufgebraucht sein, sodaß sich die Regierung wieder verpflichtet sehen müßte, die üblichen und pflichtgemäßen Kredite für die Reichsanstalt herzugeben, die letzten Endes getrichen werden müssen, da die Reichsanstalt sie doch niemals zurückzahlen kann. Aus diesem Grunde ist die Anregung gegeben, vielleicht jetzt schon dem Reichstage wieder die Frage der Tarifierhöhung für die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung vorzulegen. Es wird auf die Haltung der Parteien ankommen, ob dem Reichstag die Vorlage zugeht. Da die Koalitionsparteien mit gutem Grunde bisher jede Erörterung über die umfrittene Beitragserhöhung abgelehnt haben, sehen sie sich nun doch vor die Frage gestellt, endlich eine Entscheidung zu treffen.

Der Kampf um das Volksbegehren.

• Dresden. Der neue sächsische Sechserverein — eine politisch neutrale Berufsvertretung — gibt folgende Erklärung ab: Der von der Reichs- und preussischen im Gegensatz zur sächsischen Regierung begründete Standpunkt, daß ein Begehren sich durch Eintragung in die Liste für das Volksbegehren einer disziplinarisch zu ahnenden Handlung schuldig mache und demgemäß disziplinarisch bestraft werde, muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Die Auffassung beider Regierungen ist verfassungswidrig. Der betreffende Beamte hat im Falle einer Verletzung seitens der vorgesetzten Behörde die Möglichkeit, gegen die Mitglieder des Reichs- bzw. preussischen Regierung auf Grund der Paragraphen 107 und 339 des Reichsverfassungsgesetzes strafrechtlich vorzugehen.